

Der „Andere“ als Schurke: Zur Rolle ethnisierten Feindbilder in den srilankischen Friedensverhandlungen¹

BENEDIKT KORF

“Indeed, in Sri Lanka elections led to the rise of demagogues who competed for votes among the majority Sinhalese population by pledging to discriminate against the minority Tamils. They got the votes, and Sri Lanka got civil war.” (Nicholas D. Kristof, New York Times, 3. Mai 2002)

Brüchiger Waffenstillstand in Sri Lanka

Zwanzig lange Jahre führten die LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) und die singhalesisch dominierte Zentralregierung in Sri Lanka einen blutigen Bürgerkrieg. Erst im Februar 2002 schlossen die beiden Kriegsparteien einen Waffenstillstand und nahmen Friedensverhandlungen auf. Seitdem halten die beiden Konfliktparteien den Waffenstillstand weitgehend ein, auch wenn die Friedensverhandlungen im April 2003 ausgesetzt worden sind. Eine grundlegende und tragfähige Konfliktlösung ist noch nicht gefunden worden. Seit November 2003 scheint vielmehr ein Rückschritt eingetreten zu sein, weil innerhalb der singhalesisch dominierten Regierung Gegensätze zwischen der Präsidentin auf der einen und dem Premierminister auf der anderen Seite aufgebrochen sind. Seit den Parlamentswahlen im Dezember 2001 gehörten Präsidentin und Premierminister unterschiedlichen politischen Parteien an, nachdem das bis dahin regierende Parteienbündnis der Peoples' Alliance (PA) die Mehrheit an die United National Front (UNF) verloren hatte. Allerdings konnte bei den jüngsten Wahlen im März 2004 das die Präsidentin unterstützende Parteienbündnis unter Führung der

¹ Ich danke Christine Bigdon, Markus Mayer und Norbert Ropers für wertvolle Hinweise und Kritikpunkte zu früheren Fassungen dieses Artikels und Annette Kunz für editorische Unterstützung.

PA wieder zur stärksten politischen Kraft aufsteigen, ohne jedoch eine stabile Mehrheit im Parlament zu gewinnen.

Gerade die Kluft zwischen den beiden großen singhalesischen Parteien scheint einer grundlegenden Befriedung in Sri Lanka entgegenzustehen, denn unter den fragilen Machtverhältnissen ist keine der beiden Parteien bereit, sich als Advokat politischer Kompromisse mit der tamilischen Minderheit hervorzutun. Stattdessen versuchen viele Politiker, durch das Schüren von Ängsten und Vorbehalten in der eigenen singhalesischen Wählerschaft Punkte zu sammeln. Gerade die mangelnde Bereitschaft der beiden großen singhalesischen Parteien, sich zu einer Kohabitation zusammenzufinden und eine arbeitsfähige gemeinsame Basis für die weiteren Verhandlungen mit der LTTE zu finden, wird von vielen Friedensforschern als Haupthindernis bei den weiteren Friedensverhandlungen gesehen (Ferdinands et al. 2004: ii). Gleichzeitig wird kritisch beobachtet, wie die LTTE in den von ihr kontrollierten und beeinflussten Territorien die politische Opposition im tamilischen Lager ausschaltet oder einschüchtert und auch auf die in diesen Regionen lebenden Muslime zunehmenden politischen Druck ausübt (UTHR-J 2003). Die Muslime wiederum versuchen, eigene politische Forderungen zu artikulieren und in den Verhandlungsprozess einzubringen.

In allen drei „ethnischen“ Lagern, den Singhalesen, Tamilen und Muslimen, ist die politische Führung nicht unumstritten. Auf singhalesischer Seite konkurrieren die PA und die UNF um die politische Macht. Unter den Muslimen ist es in den letzten Jahren zu einer politischen Fragmentierung gekommen, nachdem sich vom Sri Lanka Muslim Congress (SLMC) politische Gruppierungen abgespalten haben. Die LTTE scheint bislang die unangefochtene politische Führung bei den Tamilen inne zu haben, allerdings zeigen sich auch hier vereinzelt oppositionelle Stimmen und Vorbehalte gegenüber der autokratischen Herrschaft der LTTE, die diese jedoch zu unterdrücken sucht, so jüngst eine Rebellion von LTTE-Kadern in Batticaloa. Auch ist es der LTTE bislang noch nicht gelungen, die Lebensumstände der tamilischen Bevölkerung im Nordosten grundlegend zu verbessern.

Im gegenwärtigen Prozess der Friedensverhandlungen stellen politische Akteure in Sri Lanka den „ethnisch Anderen“ immer wieder als „Schurken“ dar, der die Ursache für die eigene Misere und dem deshalb nicht zu vertrauen sei. Diese Schurkenbilder werden von Akteuren innerhalb der drei wichtigen ethnischen Gruppen für eigene politische Interessen instrumentalisiert. Im folgenden soll dargestellt werden, wie diese Schurkenbilder des „ethnisch Anderen“ als Ideologie genutzt werden, um die eigene Machtposition im politischen Verhandlungsfeld zu stärken und diejenige der anderen ethnischen und politischen Gruppen in der srilankischen Gesellschaft zu schwächen. Die Schurkenbilder des „Anderen“ sind wichtig, um von beste-

henden internen Widersprüchen innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe abzulenken und die Kohärenz im eigenen politischen Lager wieder herzustellen. Diese Prozesse der Konstruktion von Schurkenbildern unterhöhlen die Bereitschaft zur ethnischen Aussöhnung und verhindern, dass politische Kompromisse mit den „ethnisch Anderen“ auf breiter gesellschaftlicher Basis unterstützt werden.²

Singhalesische Schurkenbilder

In weiten Teilen der singhalesischen politischen und gesellschaftlichen Elite in Colombo wird die Legitimität der LTTE in Frage gestellt mit dem Hinweis, es handle sich bei der LTTE um eine terroristische Gruppe. Mit Rekurs auf die internationale Terrorismusdebatte seit dem 11. September 2001 hat der Terrorvorwurf die Rolle eines Totschlagarguments erhalten: die srilankische Regierung reiht sich ein in die Riege der demokratischen Staaten der westlichen Welt im Kampf gegen den Terror. Bei einem von der LTTE geschaffenen Tamilenstaat kann es sich deshalb nur um einen Schurkenstaat handeln, dem jegliche Legitimation fehlt, denn er bedroht die demokratisch legitimierte Staatlichkeit Sri Lankas.³ In der englischsprachigen Presse in Sri Lanka wird vor allem die Zeitung „The Island“ nicht müde, immer wieder auf die potentielle Gefährdung der Integrität des srilankischen Staates durch die Forderungen der LTTE hinzuweisen. Zugeständnisse der Regierung an die LTTE werden dahingehend beurteilt, dass sie ein „terroristisches Regime“ unterstützen und legitimieren und die Integrität des srilankischen Staates gefährden.⁴ Insbesondere der Vorschlag der Sri Lanka Monitoring Mission (SLMM), einer von der norwegischen Regierung geführten neutralen Beobachtergruppe zur Überwachung des Waffenstillstandes, den Sea Tigers einen Status einzuräumen, der der srilankischen Marine nahe kommt, und ihr quasi-souveräne maritime Zonen zuzugestehen, führte im Mai 2003 zu einem Aufschrei in „The Island“: Der Vergleich der Sea

² In diesem Beitrag wird die komplexe Geschichte des ethnischen Konfliktes in Sri Lanka nicht weiter behandelt. Es sei in diesem Zusammenhang auf die reiche Literatur dazu verwiesen, z. B. Rösel (1997) und die Beiträge im Sammelband von Mayer et al. (2003).

³ Auch unter der singhalesischen Diaspora scheint diese Sicht weit verbreitet zu sein. Ein Zitat aus einem Brief der World Association for Peace in Sri Lanka (WAPS), einem Zusammenschluss singhalesischer Diasporaorganisationen, verdeutlicht diese Haltung: „... liberating Sri Lanka from Tamil Tiger terrorists and restoring democracy to areas subject to their draconian terror“ (abgedruckt in „The Island“, 13. Juni 2003, S. 3).

⁴ Vgl. die Rede des ehemaligen Außenministers Kardigamar im Parlament als Antwort der Opposition auf eine Regierungserklärung des Premierministers zum Stand des Friedensprozesses, „The Island“ vom 9. Mai 2003.

Tigers, eine „terroristische Militärorganisation“, mit der srilankischen Marine, ein legitimes Instrument des souveränen Staates Sri Lanka wurde scharf kritisiert und der SLMM Parteilichkeit zugunsten der LTTE unterstellt.⁵

In der argumentativen Untermauerung des Schurkenvorwurfs wird auch auf Argumente tamilischer Oppositioneller Bezug genommen. So veröffentlichte „The Island“ ungefähr zeitgleich mit der Diskussion um die Sea Tigers ein Dossier der Menschenrechtsorganisation University Teachers for Human Rights–Jaffna (UTHR-J) über die Ermordung tamilischer Oppositioneller durch die LTTE.⁶ Damit sollte die Legitimierung der LTTE als Vertreterin der tamilischen Bevölkerung weiter untergraben werden: Die LTTE sei im Prozess, einen „Schurkenstaat“ im Nordosten zu etablieren, ihre politischen Gegner zu eliminieren und die staatliche Integrität Sri Lankas in Frage zu stellen (obwohl sie sich öffentlich in den Verhandlungen zu einer föderalen Lösung innerhalb des srilankischen Staates bekannt habe). Zur Unterstreichung dieses Arguments wird immer wieder vorgebracht, es sei schließlich die LTTE gewesen, die in früheren Friedensverhandlungen zu Kampfhandlungen zurückgekehrt sei (1990, 1995) und damit ihre Unberechenbarkeit als Terrororganisation unter Beweis gestellt habe.

Die Strategie, die hinter diesem politischen Diskurs steht, kann den weiteren Friedensprozess unterminieren: Gelingt es, die LTTE als pure Terrororganisation (ohne legitime politische Basis) zu „entlarven“ und ihre Bemühungen, eine eigene Staatlichkeit im Nordosten zu schaffen, als Angriff auf die Integrität des srilankischen Staates zu brandmarken, müssen singhalesische Nationalisten sich weniger mit den konkreten politischen Fragen eines nachhaltigen und demokratischen Ausgleichs mit den anderen ethnischen Gruppen beschäftigen. Durch die Untergrabung der Legitimität der anderen Seite können deren politische Forderungen leichter zurückgewiesen werden, denn ein Eingehen auf diese würde in dieser Argumentationslogik nur den „Schurkenstaat“ der LTTE im Nordosten stärken. Deshalb kann ei-

⁵ ‚The Island‘ vom 6. Mai 2003. Diese grundlegende Haltung wird auch in einem Zitat aus dem Editorial des Island vom 13. Juni 2003 deutlich. Dort heißt es: „Pro-LTTE journals have been at pains to complain about recruitment by the government to the armed forces as well as purchase of military equipment, forgetting that the armed forces of a nation have to be in a state of readiness to meet internal and external threats and it cannot be compared with clandestine forces of a terrorist organisation“.

⁶ Die tamilische Menschenrechtsorganisation University Teachers for Human Rights (Jaffna) wurde in den 1980er Jahren von Dozenten der Universität in Jaffna gegründet. Nachdem die LTTE Mitglieder der Organisation bedrohte und umbrachte, ging die Organisation in den Untergrund, von wo aus sie regelmäßig Bulletins zur Menschenrechtslage veröffentlicht. Die Organisation ist als Kritikerin der LTTE hervorgetreten, hat aber ebenso Menschenrechtsverletzungen der Regierung angeprangert.

ne Autonomie des Nordostens nicht befürwortet werden, solange die LTTE dort ihren „Terrorstaat“ unterhält.

Der Hinweis auf den drohenden Terrorstaat im Nordosten stellt auch einen Versuch der „Colombo-Elite“ dar, von gesamtstaatlichem Reformbedarf in verschiedenen sozialen und politischen Feldern abzulenken: Die Unterentwicklung des Südens wird zu einem nicht geringen Grad durch die Korruption und Vetternwirtschaft verursacht, von der vor allem die englischsprachige Elite in Colombo und eine lokale, politische Elite, die sich auf Klientelbeziehungen stützt, profitiert. Dies begrenzt die Lebenschancen der ländlichen Jugendlichen im Süden Sri Lankas, die deshalb eine hohe Gewaltbereitschaft zeigen, die Ausdruck ihrer Frustration ist (Mayer 2002: 26–29; Uyangoda 2003: 47–51). Auch wird durch den Terrorismus- und Schurkenstaatsvorwurf verschleiert, dass die Demokratie in Sri Lanka weitgehend formaler Natur ist und durch korrupte Verwaltungs- und klientelistische Machtstrukturen zunehmend unterhöhlt wird (Foster 2003: 155; vgl. auch Rajasingham-Senanayake 2003; Uyangoda 2000). Von 1977 bis 2002 regierte die Zentralregierung unter dem „Prevention of Terrorism Act (PTA)“, der der Exekutive weitreichende Befugnisse einräumte. Unter dem Deckmantel des Bürgerkrieges und der Terrorismusbekämpfung kam es zu eklatanten Menschenrechtsverletzungen durch die srilankischen Sicherheitsorgane in Polizei und Militär, wie z.B. Folter, Ermordung von Zivilisten etc. (Rösel 1997: 333–335).

Aber auch außerhalb des Kriegsgebietes sind die demokratischen Grundlagen unterhöhlt: Formal werden weiterhin relativ freie Wahlen abgehalten, bei denen es auch zu Regierungswechseln kommt, jedoch ist in der Verfassungswirklichkeit ein Klientelsystem etabliert worden, das die Bevölkerung in Gewinner und Verlierer einteilt, je nachdem, ob sie die richtige Partei an der Macht unterstützt hat. Es kommt regelmäßig zu gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen zwischen den Angehörigen verschiedener Parteien.

Tamilische Schurkenbilder

In Diskussionen unter Tamilen wird der srilankische Staat oft als „Schurke“ dargestellt, der der tamilischen Minderheit gleiche Rechte verweigert habe und sie diskriminiere. Somit fühlen sich viele Tamilen in Sri Lanka als Bürger zweiter Klasse. Seit der Eskalation des ethnisierten Konfliktes dominieren Polizei und Militär, die fast ausschließlich Singhalesen rekrutieren, den öffentlichen Raum im Nordosten, zumindest in den Gebieten, die nicht von der LTTE kontrolliert werden. Die Armee hat ein System von Checkpoints

mit täglichen Kontrollen der Zivilbevölkerung etabliert. Dies hat täglichen Schikanen Tür und Tor geöffnet und zu einem System der Unberechenbarkeit geführt. Rechtsstaatliche Prinzipien sind in den Bürgerkriegsgebieten weitgehend außer Kraft gesetzt, auch aufgrund des Ausnahmezustandes. Das Militär erscheint vielen Tamilen als fremde Besatzungsarmee, nicht jedoch als legitime Vertreterin des srilankischen Staates.

Bis zum Waffenstillstand im Februar 2002 konnten Singhalesen unter dem Schutz von Polizei und Armee im Nordosten illegale Aktivitäten durchführen, z.B. verlassenen Besitz übernehmen und Fischereigründe ausbeuten, zu denen tamilischen Fischern der Zugang verwehrt wurde (Rösel 1997: 347). Dies erschien in den Augen vieler Tamilen als eine Fortführung der staatlichen Diskriminierung, die sich in den 1960er und 1970er Jahren in der Sprachen- und Bildungspolitik gezeigt hatte (Rösel 1997: 102–108; Tambiah 1986). Der Bürgerkrieg führte zu einem ökonomischen Niedergang der Kriegsgebiete, viele wohlhabende Tamilen wanderten aus, so dass es zu einem *brain drain* gekommen ist.

Tamilen argumentieren, dass sie es waren, die die Hauptlast des Krieges tragen mussten: Einzelne Angehörige wurden umgebracht, Familien mussten vor der Gewalt und Unsicherheit fliehen, verloren ihren Besitz, Kinder konnten nicht ihre Schulausbildung abschließen. Der Sicherheitsstaat stellte jeden Tamilen unter Generalverdacht, so konnten sich tamilische Zivilisten nirgendwo in diesem srilankischen Staat frei bewegen, immer mussten sie mit Verhören und sogar Verhaftungen rechnen, sei es bei Checkpoints im Kriegsgebiet oder in Colombo. Diese Einstellung des Staates verletzte die Würde der tamilischen Bevölkerung und führte zu einer weiteren Distanzierung zwischen Staat und tamilischen Bürgern.

Viele Tamilen leiden darunter, dass der srilankische Staat sie unter den Generalverdacht des Terrorismus stellt. Die staatliche Repression, gerechtfertigt durch den Kampf gegen den Terrorismus, führte dazu, dass weite Teile der tamilischen Bevölkerung im kriegsversehrten Nordosten die LTTE während der letzten Jahre des Bürgerkrieges offen oder stillschweigend unterstützt haben. Sie taten dies oft aus dem Gefühl heraus, dass ohne die LTTE niemand politischen Druck auf die Regierung auszuüben imstande ist, um sie zu einer Lösung des Minderheitenproblems zu zwingen. Aus diesem Grunde sahen viele Tamilen im Nordosten über die autoritären Herrschaftsstrukturen der LTTE hinweg, die die LTTE seit dem Waffenstillstand auf den ganzen Nordosten auszubreiten versucht. Viele tamilische Intellektuelle, die früher als LTTE-kritisch galten, unterstützten nun offen die Positionen der LTTE, insbesondere nach Abschluss des Waffenstillstandes.

Der „Schurke“, der hier konstruiert wird, ist der srilankische Staat und dessen politisch-administratives System. Dieser „Schurkenstaat“ versucht, die Integrität des *Tamil Eelam* mit seiner Besiedlungspolitik und einer ethnisch diskriminierenden Politik zu unterminieren. Die Versuche der LTTE, quasi-staatliche Strukturen im Nordosten zu etablieren, werden deshalb von vielen Tamilen toleriert, wenn nicht sogar gutgeheißen, denn dieses Vorgehen erscheint legitim in der Bildung eines tamilischen *Homelands* in Abgrenzung zum singhalesischen „Schurkenstaat“. Zwar hat die LTTE in den laufenden Friedensverhandlungen einer föderalen Lösung innerhalb des srilankischen Staates zugestimmt, es wird jedoch auf tamilischer Seite erwartet, dass der Nordosten eine weitreichende Autonomie zugestanden bekommt. Dies wird auch als Sicherheitsgarantie gegen mögliche zukünftige Aggressionen des singhalesischen Staates gegenüber der tamilischen Bevölkerung gesehen. Die LTTE scheint in der Zwischenzeit „Fakten“ schaffen zu wollen, indem sie im von ihr kontrollierten Wannu quasi-staatliche Strukturen etabliert (Justizsystem, Zoll, Polizei), die hoheitliche Aufgaben wahrnehmen (Vgl. UTHR-J 2003). Berichte hierüber bilden wiederum weiteren Nährstoff für die Schurkendiskurse in der singhalesischen Presse.

Diese eindeutige Positionierung eines tamilischen Befreiungskampfes gegen den singhalesischen „Schurkenstaat“ verschleiert jedoch bestehende Gegensätze innerhalb der tamilischen Gesellschaft, denn die tamilische Gesellschaft ist geographisch, sozial und politisch fragmentiert. Die Schurkenbilder, die viele Tamilen im Nordosten gegen Singhalesen und ihren Staat konstruieren, werden nicht notwendigerweise von Tamilen in Colombo geteilt. Insbesondere die tamilische Geschäftselite in Colombo hat wenig Verständnis für die Haltung der LTTE und nationalistischer Tamilen. Die Bevölkerung in den ehemaligen Kriegsgebieten wiederum hegt ambivalente Gefühle gegenüber den zunehmend autoritären Tendenzen der LTTE nach dem Waffenstillstand, die eher erduldet als gutgeheißen werden: Die LTTE bestraft politischen Widerspruch, indem sie die Opposition einschüchtert und politische Gegner ermordet, zudem erhebt sie illegale Steuern, ohne dass sie der Bevölkerung gegenüber Rechenschaft über die Verwendung dieser Mittel ablegt.⁷ Auch führt die LTTE weiterhin Kinderrekrutierungen durch, um ihre Armeekader aufzufüllen. Dies scheint bei einigen Tamilen im Nordosten zu einem Umdenken zu führen, denn sie wünschen sich keinen autoritären Staat im Nordosten, der von der LTTE dominiert wird.

⁷ Dies ist insbesondere vom tamilischen Ökonom Muttukrishna Sarvananthan vom International Centre for Ethnic Studies (ICES) in Colombo kritisiert worden. Sarvananthan geht soweit, der LTTE vorzuwerfen, mitverantwortlich für wirtschaftliche Krise im Nordosten zu sein, vgl. seinen bislang unveröffentlichten Vortrag an der Universität Jaffna im Januar 2003 mit dem Titel ‚What Impede Economic Revival in the North & East Province of Sri Lanka?‘.

Gerade in der tamilischen Diaspora werden jedoch die Schurkenbilder des „ethnisch Anderen“ und die Vorbehalte gegenüber dem srilankischen „Schurkenstaat“ gepflegt. Da die Diaspora eine wichtige Finanzquelle der LTTE darstellt, ist es im Interesse der LTTE, diese nationalistischen Diskurse der Auslandstamilen zu stützen, um die weitere Bereitschaft zur Finanzierung der LTTE zu sichern. Während des Bürgerkrieges sind viele wohlhabendere Tamilen nach Colombo (Siddharta 2003: 308–310) und ins Ausland geflohen (Fuglerod 1999) und haben so eine einflussreiche Tamilen-Diaspora geschaffen: Es wird geschätzt, dass ca. 700.000 Tamilen im Ausland leben, ein Drittel der vor Beginn des Bürgerkriegs auf der Insel lebenden Sri-Lanka-Tamilen (Fuglerod 2003: 74).

Das enge Netz transnationaler familiärer Beziehungen wird durch ein gut organisiertes System von Informationen und Propaganda politisch auf Tamil Eelam eingeschworen, auch über das Internet. Die tamilische „Nation“ entsteht hier als Ikone, nicht als Platz zum Leben, sondern als etwas, an das man glauben kann und das eine vereinigende Ideologie bietet (Jegathan 1998). Dies hat dazu geführt, dass die politischen Forderungen aus der Diaspora oft radikaler und weniger kompromissbereit sind als diejenigen unter Tamilen, die im Nordosten Sri Lankas leben. Tamilen, die außerhalb des Nordostens, aber innerhalb Sri Lankas Zuflucht gefunden haben, vor allem in Colombo, müssen ihr „Tamilisch-sein“ (*tamilness*) im öffentlichen und privaten Raum neu aushandeln: Während der innere Zusammenhalt im privaten Raum unter den Tamilen durch das gemeinsame Leid verstärkt wurde, wird die tamilische Identität im öffentlichen Raum möglichst versteckt, um nicht unnötig Ärger mit den Sicherheitsorganen zu bekommen (Siddharta 2003: 317).

Der in globalen Netzwerken geführte nationalistische tamilische Diskurs bietet der LTTE Raum, die Finanzkraft der tamilischen Diaspora für ihren Kampf nutzbar zu machen. Dieser nationalistische Diskurs wird jedoch seit dem 11. September 2001 durch eine andere globale Debatte überlagert: der zur Terrorismusbekämpfung. Seit die USA den Kampf gegen den Terror zu einer ihrer größten nationalen Prioritäten gemacht haben, wird auch die Luft für die globalen Netzwerke zur Finanzierung des tamilischen Kampfes dünner. Jetzt geht es nicht mehr um die Unterstützung von „Freiheitskämpfern“ einer unterdrückten Minderheit, sondern um die Förderung von „Terroristen“. Es gibt noch keine Daten darüber, ob diese Entwicklungen zu einer Verringerung der Bereitschaft unter Diaspora-Tamilen geführt haben, die LTTE zu finanzieren, jedoch steht diese Befürchtung stets im Raum. Außerdem wird kritisch beobachtet, wie die globale Terrorisمدiskussion dem Schurkenargument singhalesischer Nationalisten neue Schlagkraft ge-

geben und damit die tamilische Verhandlungsposition geschwächt hat,⁸ denn ein militärisches Vorgehen gegen die LTTE kann nun argumentativ in den weltweiten Kampf gegen den Terror eingeordnet werden.

Muslimische Schurkenbilder

Muslimische Politiker versuchen in jüngster Zeit verstärkt, die muslimische Frage im Osten Sri Lankas auf die politische Agenda zu bringen. Viele Muslime im Osten stehen einer weitgehenden Autonomie des Nordostens unter Federführung der LTTE reserviert gegenüber, denn sie befürchten, als Minderheit in einem von der LTTE dominierten Nordoststaat diskriminiert zu werden. Die Muslime fühlen sich deshalb von einem potentiellen „Schurkenstaat“ der LTTE bedroht, die diese im Nordosten zu errichten scheint. In rudimentären Strukturen scheint für viele Muslime dieser Schurkenstaat bereits zu bestehen und zeigt sich in den Praktiken der LTTE, Steuern von Muslimen zu erheben und ein eigenes Gerichtswesen unter ihrer Kontrolle zu errichten.

Die tamilisch-muslimischen Beziehungen leiden traditionell unter konkurrierenden Ansprüchen an Landrechten und ethnisch dominierten Handelsstrukturen (McGilvray 2003; Schrijvers 1997). Ein großer Teil des muslimischen Landbesitzes in Batticaloa liegt in den von der LTTE kontrollierten Gebieten und ist seit dem Waffenstillstand von der LTTE erst teilweise an die muslimischen Besitzer zurückgegeben worden. Die Frustration in den beiden Gruppen und die Antagonismen zwischen ihnen scheinen sich so sehr aufgestaut zu haben, dass sie schon bei kleinen Anlässen aktiviert und kollektive Betroffenheit und Aggressivität gegen den ethnischen Anderen erzeugt werden kann. In den 1990er Jahren kam es zu vielen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Tamilen an der Ostküste (Vgl. Goodhand and Lewer 1999: 73–79), und seit dem Waffenstillstand hat sich diese Gegend als besonders instabil erwiesen. So ist es seither immer wieder zu inter-ethnischen Unruhen und Zusammenstößen zwischen Muslimen und Tamilen gekommen, jüngst im Dezember 2003 insbesondere in Muttur, Kinniya und der Provinzhauptstadt Trincomalee. Diese Zusammenstöße entzündeten sich oft an relativ kleinen Streitigkeiten, und zeigen das angestaute Aggressionspotential auf, das sich gegen den „ethnisch Anderen“ als Schurke und Verursacher des eigenen Leidens richtet.

⁸ Vgl. die Argumentation im Beitrag des srilankischen Politikwissenschaftlers Jayadeva Uyangoda in der Zeitung „Ceylon Daily News“ vom 28. Mai 2003 (Uyangoda 2003a).

Politisch hat sich in den letzten zwanzig Jahren mit dem Sri Lanka Muslim Congress (SLMC) eine Partei etabliert, die explizit die Interessen der Ostküsten-Muslime vertritt (O'Sullivan 1999; Wagner 1990). Diese Partei spielt in der nationalen Politik die Rolle des Züngleins an der Waage, welches der jeweiligen singhalesischen Mehrheitspartei die absolute Mehrheit im Parlament sichert. Der SLMC hat sich deshalb von Anbeginn als klientelistische und ethnische Partei verstanden und sich vor allem für Entwicklungsvorhaben in muslimischen Gebieten eingesetzt. Auch gab es verschiedene Versuche, als Reaktion auf die muslimisch-tamilischen Unruhen die Verwaltungsbezirke zu reformieren, um ethnisch homogene Einheiten herzustellen (McGilvray 2003; Thangarajah 2003: 33–34).

Allerdings sind die muslimischen Politiker seit einiger Zeit über den richtigen Kurs zerstritten und es ist zur Gründung neuer Parteien neben dem SLMC gekommen. Dies führt dazu, dass sich die konkurrierenden Muslimparteien gegeneinander als bester Vertreter der Interessen der Ostküsten-Muslime profilieren müssen. Dazu nutzen sie vielfach die Schurkenbilder gegenüber dem „ethnisch Anderen“ und die Angst vor einem drohenden LTTE-„Schurkenstaat“. Dieser scheint sich für die Muslime in der bereits bestehenden informellen Herrschaft der LTTE in weiten Teilen der Ostküste anzudeuten und zeigt sich insbesondere in der Praxis der LTTE, gewaltsam Steuern zu erheben. Diese Ängste nutzen einige muslimische Politiker, um die Legitimation für ein muslimisches Homeland zu schaffen. Die Unruhen zwischen Tamilen und Muslimen geben ihnen dazu die Legitimität, denn sie zeigt die Verwundbarkeit der muslimischen Minderheit auf: Sollte die LTTE die volle Kontrolle über einen autonomen Nordosten erhalten, dann gäbe es keinen spezifischen Schutz für die muslimische Minderheit mehr, der jetzt noch durch die Präsenz von Armee und Polizei zumindest teilweise gegeben sei. Muslimische Politiker in Colombo reagieren auf die von ihnen wahrgenommenen Bedrohungen von Seiten der LTTE und Teilen der tamilischen Öffentlichkeit mit dem Versuch, die Muslime als Opfer eines tamilischen Schurkenstaates darzustellen. Damit können sie sich die Unterstützung derjenigen singhalesischen Kreise sichern, die ihrerseits Bilder des tamilischen Schurkenstaates konstruieren. Für diese sind die muslimischen Homeland-Forderungen vor allem ein zweckmäßiges Mittel, die Legitimation eines tamilischen Homelands im ganzen Nordosten in Frage zu stellen.

Die politische Geographie des multi-ethnischen Ostens

An der Eskalation der inter-ethnischen Gewalt im Osten lässt sich zeigen, wie die Schurkenbilder zur Legitimierung eigener territorialer Ansprüche aufgrund ethnischer Identitäten instrumentalisiert werden. In der langen Ge-

schichte des srilankischen ethnisierten Konfliktes hat sich neben der Ideologie des singhalesisch-buddhistischen Nationalstaates schon frühzeitig die des tamilischen Homelands entwickelt, die die LTTE schließlich mit Waffengewalt durchsetzen wollte. In dieser Wahrnehmung sind die Tamilen eine Volksgruppe mit eigener historischer Identität, die durch ihre Sprache Ausdruck findet. Tamilische Nationalisten fordern deshalb konsequent ihre eigene Staatlichkeit. Diese Herausforderung der staatlichen Integrität Sri Lankas hat 20 Jahre Bürgerkrieg ermöglicht. Wesentlich jüngeren Ursprungs sind hingegen die Forderungen aus der muslimischen Bevölkerung im Osten, ein muslimisches Homeland im Südosten zu errichten (siehe oben). Die Ostküstenmuslime fühlen sich, obwohl tamilisch-sprachig, als eigene Volksgruppe, und die inter-ethnische Gewalt zwischen Muslimen und Tamilen im Osten Sri Lankas haben diese Identitätsbildung dramatisch verstärkt. Verschiedene ethnographische Studien haben jedoch gezeigt, dass diese klare Trennung zwischen tamilischer und muslimischer Identität jüngeren Ursprungs ist (vgl. Fuglerod 2003: 67–73; McGilvray 2003; Rajasingam-Senanayake 2001).

Der multiethnische Osten (Singhalesen, Tamilen, Muslime) war seit Anfang der 1990er Jahre ein Ort zunehmender gewalttätiger Massaker unter der Zivilbevölkerung. LTTE-Kader griffen singhalesische Siedler an, Armeetrupps und Sondereinheiten der Polizei führten Vergeltungsmassnahmen gegen tamilische Zivilisten durch. Die ebenfalls im Osten ansässige muslimische Bevölkerung wurde zunehmend in die Rolle eines Helfers der Zentralregierung gedrängt, da sich die Spezialeinheiten der Sicherheitskräfte muslimischer Spitzel bediente, um LTTE-Kader unter der Zivilbevölkerung ausfindig zu machen. Damit wurde auch die muslimische Bevölkerung in die ethnisierten Auseinandersetzungen hineingezogen.⁹ Tamilen und Muslime stehen im täglichen Leben in ökonomischen Austauschbeziehungen, ihre Lebenssysteme sind eng auf einander abgestimmt: Felder von Muslimen und Tamilen liegen oft mosaikartig verstreut nebeneinander, Muslime müssen tamilische Siedlungen durchqueren, um zu ihren Feldern zu kommen und umgekehrt, muslimische Mudalalis dominieren den regionalen Handel und vermarkten landwirtschaftliche Produkte von tamilischen Bauern etc. (Korf 2003; 2004).

Seit den muslimisch-tamilischen Zusammenstößen während des Bürgerkrieges, insbesondere seit 1990, besteht ein grundsätzliches Misstrauen zwischen Tamilen und Muslimen, die auf den Gewalttaten der Vergangenheit beruhen. Insbesondere die Ausweisung der Muslime aus Jaffna und aus den

⁹ Vgl. die verschiedenen Berichte der Menschenrechtsorganisation University Teachers for Human Rights-Jaffna, die zum Teil bei Hoole (2001) zusammengefasst wurden.

von der LTTE kontrollierten Gebieten im Norden und Osten hat viele Ressentiments geschaffen und bei vielen Muslimen das Gefühl erzeugt, „Opfer“ des ethnischen Konfliktes zu sein. Die Muslime befanden sich in einer verwundbaren Position, da sie sich einerseits nur bedingt auf die singhalesischen Regierung und das singhalesisch dominierte Militär verlassen konnten und sich andererseits von der LTTE bedroht fühlten.¹⁰

Die zunehmenden Versuche muslimischer Politiker, ein eigenes Homeland zu fordern und spezifische „muslimischen Interessen“ aktiv zu vertreten, hat unter der tamilischen Bevölkerung im Osten viele Ressentiments geschürt: Insbesondere wird den Muslimen vorgeworfen, sich mit der Armee und der Regierung verbündet zu haben, um als Kriegsgewinnler den Handel zu kontrollieren und Staatsgelder in muslimische Gebiete zu leiten. Außerdem bezeichnen viele Tamilen die Muslime als Verräter, die mit dem singhalesischen Schurkenstaat kooperiert und Tamilen an den Geheimdienst verraten hätten. Viele Tamilen reagieren deshalb mit einer gewissen Verbitterung auf die Forderungen nach einem muslimischen Homeland, das sie als Bedrohung für ihr eigenes Tamil Eelam empfinden. In ihren Augen wollen sich die Muslime ein eigenes Homeland „erschleichen“, während die Tamilen unter großen Verlusten für ihr Eelam gekämpft und gelitten und sich somit ihr Eelam quasi verdient hätten.

Die Forderungen nach einem muslimischen Homeland zeigen auf, dass die Identität als ethnische Minderheit im jeweiligen regionalen Kontext gesehen werden muss: Minderheit zu sein ist eine Frage des geographischen Maßstabes. Während Tamilen und Muslime auf nationaler Ebene in der Minderheit sind, stellen Muslime in der Nordost-Provinz eine bedeutende Minderheit dar, ebenso wie Singhalesen (wobei deren Minderheitenstatus durch die aktive Besiedlungspolitik der Regierung gestärkt wurde). In den drei Distrikten, die die frühere Ostprovinz ausmachen (Trincomalee, Batticaloa, Amparai), sind die Bevölkerungsanteile der Tamilen und Muslime fast gleich. Betrachtet man die Distriktebene, so zeigt sich ein ethnisches Patt in Trincomalee (mit allen drei ethnischen Gruppen in ungefähr gleichen Anteilen), während in Batticaloa die Tamilen in der Mehrzahl sind. In Amparai wiederum sind die Tamilen in der Minderheit, während Muslime und Singhalesen je ca. 40% der Bevölkerung stellen.

Man kann diese Betrachtung noch auf Sub-Distriktebene weiterführen. Wichtig ist die Beobachtung, dass es eine Frage des geographischen Maßstabes ist, wer wo Minderheit oder Mehrheit ist. Es zeigt sich auch, dass durch die gewalttätigen Auseinandersetzungen der Vergangenheit eine be-

¹⁰ Zum politischen und historischen Hintergrund der Muslime als Volksgruppe in Sri Lanka, vgl. Wagner (1990).

sondere Sensibilität unter der lokalen Bevölkerung hinsichtlich ihrer jeweiligen Minderheits- oder Mehrheitsposition im lokalen und regionalen Kontext besteht. Denn dies determiniert zu einem erheblichen Teil die eigene politische und militärische Verwundbarkeit (Korf 2004). Als Ergebnis der laufenden Friedensverhandlungen wird mit einem weitgehenden Autonomiestatus für die Nordost-Provinz gerechnet, der die LTTE als dominierende politische Macht der Tamilen als Mehrheitsethnie auf der Ebene der Provinz etablieren wird. Die in der Nordost-Provinz als Minderheiten lebenden singhalesischen Siedler und die muslimische Bevölkerung befürchten, in Zukunft von dieser LTTE-dominierten Administration und der tamilischen Mehrheit diskriminiert zu werden. Deshalb gibt es von dieser Seite verschiedene Anregungen, die Ostprovinz wieder von der Nordprovinz zu trennen. Die Ostprovinz ist stärker multi-ethnisch geprägt als der tamilisch dominierte Norden. Eine Abtrennung der Ostprovinz würde die Verhandlungsposition gegenüber den Tamilen für die dort lebenden Singhalesen und Muslimen verbessern.

Auch diese Abtrennung würde jedoch die grundlegenden Probleme des inter-ethnischen Zusammenlebens nicht lösen. Insbesondere unterhalb der Distriktebene, im Mikrokosmos des Zusammenlebens in gemischt-ethnischen Gebieten zeigt sich, dass „Minderheit“ und „Mehrheit“ vom geographischen Maßstab abhängt. Menschen einer Ethnie, die auf nationaler oder Provinzebene Mehrheitsstatus besitzt, können lokal gesehen zu einer „bedrohten“ Minderheit werden.

Deshalb ist eine räumliche Trennung, wie sie implizit durch die Forderungen nach ‚Homelands‘ oder der Trennung von Nord- und Ostprovinz zum Ausdruck kommt, praktisch nicht durchführbar, denn diese vermeintlichen Lösungen würden nur wieder neue Minderheiten in den dann geschaffenen territorialen Einheiten erzeugen. Aufgrund der durchmischten Siedlungsstruktur mit einem Mosaik tamilischer und muslimischer Dörfer und Kleinstädte an der Ostküste ist die Bildung eines muslimischen Homelands unter rein praktischen Gesichtspunkten nicht durchführbar. Wenn hinter der „Territorialisierung“ der Konfliktlösung der Gedanke steht, ethnisch möglichst homogene geographische Einheiten zu schaffen, wird die Verwundbarkeit der dann geschaffenen Minderheiten eventuell noch verstärkt werden: In vermeintlich „ethnisch homogenen“ Einheiten ist dann kein Raum für die Anerkennung berechtigter Forderungen dort lebender Minderheiten, da ihre Anwesenheit nicht in das Konzept ethnischer Homogenität passt. Statt die Minderheitenfrage durch territoriale Abgrenzung erreichen zu wollen, müsste es eher zu institutionellen Regelungen kommen, die Minderheiten nicht nur formale, sondern effektive politische Rechte zugestehen, statt Minderheiten durch Territorialisierung „abschaffen“ zu wollen.

Wofür Frieden?

Eine Lösung des ethnischen Konfliktes kann nur dann erfolgreich sein, wenn die oben skizzierten ethnisierten „Schurkenbilder“ überwunden werden. Denn diese überdecken die Brüche und hybriden Identitäten in dem, was als Ethnizität und ethnische Identität in der zunehmenden Eskalation des politischen „ethnischen“ Konflikts konstruiert wurde. Tamilen arbeiten als Beamte für den srilankischen Staat, den sie auf politischer Ebene als Schurkenstaat empfinden. Diejenigen singhalesisch bewohnten Gebiete, die ökonomisch am rückständigsten geblieben sind, sind auch diejenigen, in denen die Kritiker des Friedensprozesses und die Protagonisten der Terrorismus- und Schurkenargumente besonders starken Rückhalt haben. Gleichzeitig fanden genau in diesen Gebieten die Aufstände singhalesischer Jugendlicher unter der Führung der marxistisch inspirierten Partei Janatha Vimukthi Peramuna (JVP) in den Jahren 1971 und 1987/88 statt. Diese Aufstände richteten sich gegen das herrschende Establishment des singhalesischen Nationalstaates und wurden von diesem blutig niedergeschlagen (Mayer 2002: 20; Uyangoda 2003b: 43–45). Aus den gleichen Gebieten entstammt auch ein großer Teil der Rekruten der Armee für den Kampf im Nordosten. Die Schurkenbilder, mit denen die LTTE verurteilt wird, werden zum Instrument, um Aggressionen innerhalb der eigenen – singhalesischen – Gesellschaft auf „die Tamilen“ als vermeintliche Ursache ihrer Misere umzulenken.

Welche Verfassungsreform und Verwaltungsneugliederung man auch immer in Sri Lanka durchführen wird, es werden stets neue Minderheiten geschaffen werden. Dies wird zum Beispiel sehr deutlich in den verschiedenen Versuchen einer Verwaltungsneugliederung im Osten Sri Lankas, insbesondere um die politischen Forderungen der Muslime zu erfüllen (vgl. Thangarajah 2003: 33). Es zeigt sich aber auch in den bislang unbefriedigenden Dezentralisierungsversuchen, die von der singhalesischen Elite zur Eindämmung der ethischen Frage oft aufgrund von Eigeninteressen nicht konsequent umgesetzt wurden (Vgl. Rösel 2002: 3117–8). Mit einer Verwaltungsneugliederung alleine kann das Minderheitenproblem demnach nicht gelöst werden. Vielmehr kommt es darauf an, eine grundlegende Reform des demokratischen Systems in Angriff zu nehmen, um die *the-winner-takes-it-all*-Mentalität und die damit verbundenen Klientelstrukturen zu überwinden. Dies würde die Verankerung unveräußerlicher Grundrechte für alle Staatsbürger in der Verfassung notwendig machen. Genauso wichtig wie eine Verfassungsreform ist jedoch die Praxis der Ausübung politischer und bürokratischer Macht (vgl. Korf 2002). Wie können die *effektiven*, nicht nur die formalen, Spielregeln der Gesellschaft derart gestaltet werden, dass

sie auch Minderheiten – auf welcher Ebene auch immer – einen fairen sozialen und politischen Gestaltungsspielraum einräumen?

Die politisch motivierte Konstruktion von Schurkenbildern, die in diesem Beitrag beschrieben wurde, stellt eine Gefahr für eine konstruktive Konfliktschlichtung auf dem Weg zum Frieden in Sri Lanka dar. Es geht in der weiteren Ausformung des Friedensprozesse insbesondere darum, auf die sozialen, politischen und geographischen Strukturbrüche in Sri Lanka hinzuweisen, die über ethnische Identitäten hinausgehen: der zentralistische Staat, die Bevorzugung einer kleinen englischsprachigen Elite in den attraktiven Jobs in der in Colombo konzentrierten Privatwirtschaft (Hettige 1998) und die zunehmenden Dichotomien zwischen dem ökonomischen und politischen Zentrum Colombo und den ländlichen Regionen, die insbesondere die Lebenschancen der Jugendlichen im ländlichen Raum einschränken (Mayer 2002: 26–29). Diese Strukturbrüche betreffen tamilische Gebiete genauso wie singhalesische und muslimische. Die nationalistischen Diskurse haben es der politischen Elite in Colombo erlaubt, diese Strukturbrüche zu verschleiern, insbesondere die ambivalenten Folgen der Wirtschaftsliberalisierung, die zu einer Vertiefung der sozialen Ungleichheit und paradoxerweise zu einer Ausweitung des klientelistischen Staates geführt hat, weil Privatisierungsmaßnahmen Anhänger der Regierungspartei begünstigt haben (Dunham und Kelegama 1997).

Die Schlüsselfrage für eine friedliche Zukunft in Sri Lanka wird darin liegen, wie eine Transformation des politischen Systems und seiner Institutionen auf friedlichem und demokratischem Wege geleistet werden kann, die diese ethnischen Denkmuster und den staatlichen Klientelismus überwindet.

Literaturverzeichnis

- Dunham, D. and S. Kelegama 1997: Does Leadership Matter in the Economic Reform Process? Liberalisation and Governance in Sri Lanka. In: *World Development* 25, 2: 179–90.
- Ferdinands, T.; Rupesinghe, K.; Saravanamuttu, P.; Uyangoda, J. and N. Ropers 2004: *The Sri Lankan Peace Process at Crossroads: Lessons, Opportunities and Ideas for Principled Negotiations and Conflict Transformation*. Colombo: Centre for Policy Alternatives (CPA), Foundation for Co-Existence, Initiative for Political and Conflict Transformation (IMPACT), Social Scientists Association (SSA) and Berghof Foundation for Conflict Studies – Sri Lanka Office.

- Fuglerod, O. 1999: *Life on the Outside: The Tamil Diaspora and Long-distance Nationalism*. London: Pluto Press.
- Fuglerod, O. 2003: *Local Communities and State Ambitions in Eastern Sri Lanka*. In: M. Mayer; D. Rajasingam-Senanayake and Y. Thangarajah (Hg.): *Building Local Capacities for Peace: Rethinking Conflict and Development in Sri Lanka*. Delhi: Macmillan Publishers, 65–79.
- Foster, Y. 2003: *Jaffna – The Context of Development in a War for Peace*. In: Mayer, M.; D. Rajasingam-Senanayake and Y. Thangarajah (Hg.): *Building Local Capacities for Peace: Rethinking Conflict and Development in Sri Lanka*. Delhi: Macmillan Publishers, 152–166.
- Goodhand, J. and N. Lewer 1999: *Sri Lanka: NGOs and Peace Building in Complex Emergencies*. In: *Third World Quarterly* 20, 1, 69–87.
- Hettige, S.T. 1998: *Globalization, Social Change and Youth*. Colombo: German Cultural Institute.
- Hoole, R. 2001: *Sri Lanka: The Arrogance of Power – Myths, Decadence and Murder*. Colombo: University Teachers of Human Rights (Jaffna).
- Jeganathan, P. 1998: *eelam.com: Place, Nation, and Imagination in Cyberspace*. In: *Public Culture* 10,3: 515–28.
- Korf, B. 2002: *Getting the Institutions Right! Reconciling Societies in Post-War Recovery*. In: *Pravada* 8, 3: 35–8.
- Korf, B. 2003: *Ethnicised Entitlements? Property Rights and Civil War in Sri Lanka*. ZEF Discussion Papers on Development Policy Nr. 75. Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn.
- Korf, B. 2004: *War, Livelihoods, and Vulnerability in Sri Lanka*. In: *Development and Change* 35 (2), 177–197.
- Mayer, M. 2002: *Jugendkonflikte und Entwicklungsplanung: Eine sozial-geographische Analyse der Lebenschancen Jugendlicher und der Potenziale dezentraler Planung in Sri Lanka*. Saarbrücken: Breitenbach.
- Mayer, M.; D. Rajasingam-Senanayake and Y. Thangarajah 2003: *Building Local Capacities for Peace: Rethinking Conflict and Development in Sri Lanka*. Delhi: Macmillan.
- McGilvray, D.B. 2003: *Tamil and Muslim Identities in the East*. In: *Marga Journal* 1, 1: 79–116.
- O'Sullivan, M. 1999: *Conflict as a Catalyst: The Changing Politics of the Sri Lankan Muslims*. In: Gamage, S. und I.B. Watson (Hg.): *Conflict and Community in Contemporary Sri Lanka*. New Delhi: Sage Publications, 253–278.
- Rajasingham-Senanayake, D. 2003: *The Economics of Peace*. In: *Polity* 1, 1: 15–20.

- Rajasingham-Senanayake, D. 2001: Identity on the Borderline: Multicultural History in a Moment of Danger. Colombo: Marga Institute (= Marga Monograph Series on Ethnic Reconciliation No. 12).
- Rösel, J. 1997: Der Bürgerkrieg auf Sri Lanka. Der Tamilenkonflikt: Aufstieg und Niedergang eines singhalesischen Staates. Baden-Baden: Nomos.
- Rösel, J. 2002: Discourse and Practice of Singhalese Nationalism: Role of Knowledge and Decentralisation. In: Economic and Political Weekly 37, 30: 3111–3118.
- Schrijvers, J. 1997: Tamil-Muslim Violence, Gender and Ethnic Relations in Eastern Sri Lanka. In: Nethra II, 3: 10–39.
- Siddharta, M. 2003: Negotiating ‚Tamilness‘: A Case Study of Jaffna Tamil Migrants to Colombo since 1990. In: M. Mayer; D. Rajasingam-Senanayake and Y. Thangarajah (Hg.): Building Local Capacities for Peace: Rethinking Conflict and Development in Sri Lanka. Delhi: Macmillan Publishers, 305–20.
- Thangarajah, Y. 2003: Ethnicisation of the Devolution Debate and the Militarization of Civil Society in North-Eastern Sri Lanka. In: M. Mayer; D. Rajasingam-Senanayake and Y. Thangarajah (Hg.): Building Local Capacities for Peace: Rethinking Conflict and Development in Sri Lanka. Delhi: Macmillan Publishers, 15–36.
- Uyangoda, J. 2003a: Sri Lanka's peace process: from crisis to paradigm shift? Ceylon Daily News, 28 Mai.
- Uyangoda, J. 2003b: Social Conflict, Radical Resistance and Projects of State Power in Southern Sri Lanka: The Case of JVP. In: Mayer, M.; D. Rajasingam-Senanayake and Y. Thangarajah (Hg.): Building Local Capacities for Peace: Rethinking Conflict and Development in Sri Lanka. Delhi: Macmillan Publishers, 37–64.
- Uyangoda, J. 2000: A State of Desire? Some Reflections on the Unreformability of Sri Lanka's Post-Colonial Polity. In: S.T. Hettige and M. Mayer (Hg.): Sri Lanka at Crossroads: Dilemmas and Prospects After 50 Years of Independence. Delhi: Macmillan Publishers.
- Wagner, C. 1990: Die Muslime Sri Lankas. Freiburg: Arnold-Bergstraesser-Institut.